



30 Jahre Berliner Kellerrunde

Europaparlament - Ein zahloser Tiger?

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende,

zunächst darf ich Sie zum Jubiläum der „Berliner Kellerrunde“ ganz herzlich beglückwünschen und Ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen. Es ist für mich als Frau aus dem Osten unserer Stadt eine besondere Ehre, heute anlässlich Ihrer Festveranstaltung zu Ihnen sprechen zu dürfen. Herr Staatssekretär a.D. Gerhard Naulin bat mich, das Thema „Europaparlament - Ein zahloser Tiger?“ zu wählen. Dem komme ich gerne nach.

Gestatten Sie mir aber eingangs, mich kurz vorzustellen. In den stürmischen Wendezeiten 1989/90 bin ich als promovierte Japanologin in die Politik gegangen. Damals wollte ich noch eine erneuerte DDR. Ich wusste noch nicht, dass das eine Illusion und ahistorisch zudem war, denn es wächst, um Willy Brandt zu zitieren, zusammen, was zusammen gehört.

Nach Stippvisiten in der DDR-Volkskammer und im Deutschen Bundestag verschlug es mich alsbald nach Europa, bis 1994 zunächst als beobachtendes Mitglied, von 1999 bis 2009 dann als Mitglied des Europaparlaments, als stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Linken und von 2004 bis 2007 als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Hier lernte ich, dass Deutschland in der globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt von heute nur eine hoffnungsvolle Chance als europäisches Deutschland im vereinten Europa hat.

Als überzeugte Europäerin, die ich durch meine Arbeit geworden war, verließ ich 2009 die Linkspartei. Ich wollte für deren europapolitische Geisterfahrt nicht länger in Haftung genommen werden und wurde Mitglied der SPD, wo man mir von Anfang an großes Vertrauen entgegenbrachte.

Als Mitglied beider Konvente und einzige Frau aus der Bundesrepublik habe ich die Grundrechtecharta der EU und die EU-Verfassung, den heutigen Vertrag von Lissabon, mit erstritten. Mehrere Dutzend Artikel der europäischen Verträge tragen auch meine Handschrift. Das war, wie Sie gewiss verstehen werden, echte KernerArbeit - und es war eben diese Arbeit, die mich lehrte, dass die Zukunft des vereinten Europa von derzeit 28 Mitgliedstaaten solange noch ungewiss ist und die Europäische Union ein fragiles Gebilde bleibt, solange ihre demokratische Verfasstheit unvollkommen ist

Zu lange wurde die europäische Gemeinschaft zuförderst politischen Eliten und Experten überlassen. Aber ohne umfassende Unterstützung durch die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger ist dieses großartige Friedensprojekt, die europäische Integration, nicht zukunftsfähig. Denn, so offenbart uns die derzeitige und noch lange nicht überwundene Krise der EU auf ausgesprochen dramatische Art und Weise: Binnenmarkt und Euro allein können Europa nicht zusammenhalten. Mit anderen Worten: nur als demokratisches Gemeinwesen hat die Europäische Union eine solide Chance.

Hier, meine Damen und Herren, kommt das Europäische Parlament ins Spiel, denn es ist die einzige von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte EU-Institution. Es wird aber noch immer von so manchem nationalen Politiker belächelt, von einem renommierten Schriftsteller wie Hans Magnus Enzensberger als „schwacher Kontrolleur“ bezeichnet, ja selbst vom allseits geschätzten Bundesverfassungsgericht nicht so richtig ernst genommen.

Ich behaupte hingegen: Das Europäische Parlament ist seit Inkrafttreten des Lissabonner EU-Vertrags im Vergleich zur mächtigen Kommission und zum mächtigen Rat, keine „zahnlose“ Institution mehr. Es ist vielleicht noch kein „Tiger“, aber auf dem besten Weg dorthin. Das Europäische Parlament ist mit bestimmten Besonderheiten versehen, die eben der Rechtsnatur der Europäischen Union geschuldet sind. Die Europäische Union ist etwas historisch Neues, sie ist (noch) kein europäischer Bundesstaat, sie ist vielmehr eine supranationale Staatengemeinschaft. Deshalb verbietet sich auch ein simpler Vergleich zwischen Europaparlament und Bundestag, was leider sehr häufig geschieht, um das EUParlament abzuwerten.

Die Europäische Union besteht, wie Sie wissen, aus zwei Ebenen, der Unionsebene und den Mitgliedstaaten. Folgerichtig gibt es auch zwei Gesetzgebungsorgane – das Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und den Rat als die Vertretung der Mitgliedstaaten.

Alle Gesetzgebungsakte werden im Zusammenwirken beider Organe erlassen, wobei die Rechte und Aufgabenbereiche des Parlaments durch den Lissabon-Vertrag um ein Vielfaches ausgeweitet wurden. Dies betrifft insbesondere die Gesetzgebung, aber auch die Kontrolle der europäischen Exekutive bis hin zu Fragen der Vertragsänderung, die früher ausschließlich den Mitgliedstaaten oblag. Das Parlament hat heute die volle Mitentscheidung über alle Ausgaben der EU. Auch kann kein internationales Handelsabkommen mehr – wie etwa das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA – ohne Parlamentszustimmung abgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren,

Sehr positiv ist, dass sich die europäischen politischen Parteien entschlossen haben, die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament mit der Wahl des Präsidenten der EU-Kommission zu verknüpfen. Das ist neu. Die im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs sollen nämlich ihren Personalvorschlag für dieses Amt nicht mehr im stillen Kämmerlein unter sich auskugeln können. Sie müssen vielmehr das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigen, d. h. sie werden nicht ignorieren können, welche Parteienfamilie künftig die stärkste Fraktion im Parlament stellt. Das ist eine höchst bedeutsame Neuerung, ein wichtiger Schritt zur demokratischen Legitimation der Kommission und ihres Präsidenten und er stärkt zugleich das Europäische Parlament.

Sehr oft wird behauptet, dass das EU-Parlament „kein richtiges“ Parlament sei, weil es kein Initiativrecht besitzt, um selbst Gesetzesvorschläge einzubringen. Auch meine Partei tritt für ein Initiativrecht des Parlaments ein. In der Tat, das muss noch erstritten werden. Nur, wer dafür plädiert, muss allerdings wissen, dass dann auch der Rat als zweite Gesetzgebungskammer ein solches Recht für sich beanspruchen würde, um die institutionelle Balance zu wahren. Und das wiederum könnte dazu führen, dass Gesetzesvorschläge stärker von den nationalen Interessen einzelner und weniger vom europäischen Gemeinschaftsinteresse geprägt wären.

Besorgniserregend ist, dass wir aktuell während der Finanzmarktkrise wieder und wieder erleben mussten, wie der seit vielen Jahren bewährte spezifische europäische Entscheidungsmechanismus gefährdet wurde, die sog. „Gemeinschaftsmethode“, die zur Demokratisierung von Entscheidungsprozessen führte und die auch kleinere Staaten in den Beschlussfassungsverfahren stärkte. Die bisherigen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise und zur Euro-Rettung haben das Europäische Parlament geschwächt, ja, es im Kern zum Zuschauer der Rettungsmaßnahmen gemacht, während wenige nationale Regierungen und die Kommission über die Troika deutlich an Macht und Einfluss gewannen.

Der Vizepräsident und Leiter der Troika-Untersuchung des Parlaments, Othmar Karas (ÖVP), machte mit Nachdruck in der F.A.Z. vom 4. Februar auf die mangelnde Transparenz der Tätigkeit der Troika aufmerksam. Und die Politikwissenschaftlerin Christine Landfried ergänzte (ebenfalls in der FAZ. vom 4.2.2014): „Das sinnvolle Ziel, allmählich eine europäische Fiskal- und Wirtschaftspolitik aufzubauen“, wurde damit „in einer Weise in die Tat umgesetzt, die den demokratischen Verfahren immer weniger Raum lässt“. Diese gefährliche Schieflage des politischen Systems der EU muss daher rasch beendet werden.

Meine Damen und Herren,

Kürzlich wartete Altkanzler Helmut Schmidt mit einer kühnen Idee auf. Er meinte, um die europäische Integration voranzubringen und den von den Staats- und Regierungschefs verordneten Stillstand zu überwinden, müsse das Europaparlament mittels eigener Gesetzesvorlagen „putschen“. Nun, ich sympathisiere durchaus mit dieser noblen Idee. Ihre Ausführung ist wie gesagt schwierig. Sie setzt aber vor allem eines voraus. Sie setzt voraus, dass die pro-europäischen demokratischen Parteien bei der Europawahl mit einem starken Votum versehen werden. (Sie werden es mir nachsehen, dass ich als SPD-Kandidatin hier natürlich vor allem auf meine Partei setze.)

Ja, meine Damen und Herren, das Europäische Parlament muss endlich ein „richtiger Tiger“ werden. Deshalb muss von unserer Stadt am 25. Mai das Signal ausgehen: „Berlin wählt Europa!“, und zwar gerade im 25. Jahr des Mauerfalls!

Dabei, meine Damen und Herren, können Sie aktiv mithelfen!

Herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!